

[33-7.doc]

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Stadtpolitik wird durch die Beschlüsse, die derzeit hier gefasst werden, leider nicht besser. Nach dem Blick auf viele Einzelheiten durch Herrn Bakakis möchte ich jetzt doch noch einmal die Betrachtung auf das große Ganze richten. Dabei müssen wir leider feststellen, dass das, was viele Menschen in dieser Stadt unzufrieden macht und an der Stadtpolitik frustriert, durch die aktuellen Entscheidungen nicht besser wird. Es wird weder mit dem Haushalt besser, den die Koalition aus GRÜNEN, SPD, FDP, Volt und dem Oberbürgermeister heute hier verabschiedet, noch durch die ganzen Showvorlagen, die Sie uns in den letzten Tagen und Wochen auf den Tisch gelegt haben. Ob diese Vorlagen nun „Schulbauoffensive“ oder „Mittelerhöhung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit“ heißen: Der Titel ist nicht das, worauf es ankommt, sondern es geht darum, dass das ganz überwiegend ungedeckte Schecks sind, meine Damen und Herren, und das wissen Sie auch.

(Beifall)

Das unsolide Fundament für die nächsten eineinhalb Jahre soll und wird nach dem, was wir heute hier sehen, der Haushalt sein, den Sie gerade so gelobt haben, Herr Bakakis. Bei diesem Haushalt gibt es eine Menge, was leider nicht solide ist. Ich fange einmal mit dem an, was man sieht. Das, was man sieht, was transparent ist, ist zum Beispiel der Weg in die Neuverschuldung, der alleine in diesem Jahr eine Dreiviertelmilliarde Euro mehr auf das Schuldenkonto der Stadt packen wird.

(Zurufe)

Da gerne das Wort und das Ziel der Nachhaltigkeit - die wir auch richtig finden - im Mund geführt werden, gerade von dieser Koalition: Nachhaltigkeit gehört ebenfalls zu einer städtischen Finanzpolitik, und wenn man wie Frankfurt Rekorderlöse wie durch eine Gewerbesteuer hat, die im Jahr mehr als drei Milliarden Euro in die Kasse spült, beziehungsweise Gesamteinnahmen - jetzt rede ich mal nicht von Krediten - von über 4,5 Milliarden Euro im Jahr, dann stellt sich schon die Frage, warum man damit nicht die vielen Aufgaben dieser Stadt und die von vielen von uns für wichtig erachteten Initiativen bezahlen kann.

(Beifall)

Dieses Thema beschäftigt Sie aber nicht einmal. Es ist eben in der Haushaltsrede des GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden mit keinem Wort angesprochen worden. Dabei ist es etwas, was man als die heute hier beschließende politische Mehrheit zumindest erklären und rechtfertigen muss, denn es gibt ja Generationen, die nach uns kommen und die auch hier rumkrabbeln.

Am Ende des Jahres wird es mit diesem Haushalt Gesamtschulden von mehr als drei Milliarden Euro geben. Am Ende des nächsten Jahres, denn wir haben dieses Mal ja einen Doppelhaushalt, sind wir bei vier Milliarden Euro, und die bereits vorgelegte Finanzplanung dieser Koalition sieht, wenn man das mit Ende letzten Jahres vergleicht, eine Gesamtverdoppelung aller Schulden bis zum Jahr 2027 auf über fünf Milliarden Euro vor. Die Zinslast im Jahr steigt von damals noch tragbaren 50 Millionen Euro auf 190 Millionen Euro, und zwar mindestens. Das Jahresergebnis vom letzten Jahr, das wir letztens auch im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert haben, zeigt aber relativ eindeutig: Wenn man will, kann man Frankfurt auch ohne Neuverschuldung gut verwalten und viele Projekte auf den Weg bringen, meine Damen und Herren. Man muss es aber wollen!

(Beifall)

Zu dem, was wir nicht sehen und was in diesem Haushalt auch nicht solide ist, gehört dazu, dass wir an vielen Stellen als Stadtverordnete, die den Haushalt beschließen sollen, leider getäuscht werden. Wir werden durch Konsolidierungen getäuscht, die nicht ausgewiesen werden. In einzelnen Dezernatsbereichen sind dreistellige Millionenbeträge pro Jahr noch zu erledigen und irgendwie auf den Weg zu bringen. Wir haben verschiedene Etatansätze, die einfach fortgeschrieben werden, wir haben immer mehr Sammelposten ohne konkrete Projektangaben, und wir haben Blackboxes, bei denen auch Stadtverordnete aus der Koalition gar nicht erkennen können, was sich dahinter verbirgt. Das ist weder Haushaltsklarheit noch Haushaltswahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Um nur einmal ein Beispiel aus dem Kulturbereich zu nennen: Bei den Zuschussempfängern hat die Dezernentin bis heute nicht offengelegt, wie sie die pauschale Kürzung von - so steht es quasi im Haushaltsentwurf über der Liste der ganzen Zuschussempfänger drüber - neun Millionen Euro umsetzen will. Da werden die Betroffenen hinters Licht geführt. Wenn wir im Ausschuss fragen, was das denn konkret heißt und wo sich die neun Millionen konkret für die Betroffenen auswirken, macht es ehrlich gesagt sprachlos, wenn die Dezernentin darauf antwortet: „Das überrascht mich aber jetzt. Auf die Frage kann ich heute nicht direkt antworten.“

(Beifall, Heiterkeit)

Und wenn dann im Nachgang nur eine E-Mail aus dem Dezernatsbüro kommt, die sich im Prinzip mit den Worten „Die Dezernentin bemüht sich, dass die Angelegenheit für alle gut ausgeht und keine Einbußen im Bereich der Kultur eintreten“ zusammenfassen lässt, dann kann man das nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall)

Der heutige Stand ist, dass wir eine ganze Reihe von Luftbuchungen haben, für die Sie sich auch eben wieder selbst gelobt haben. Dazu zählt zum Beispiel die Schulbauoffensive, von der wir dieser Tage in der Zeitung lesen, die, wenn man sie ernst meint, verlangt, dass jedes Jahr 200 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt werden. In diesem Haushalt für das Jahr 2024 kommen, wenn man den Neubau und die Sanierung aller Schulen, die dort angesetzt sind, zusammenwirft, gerade mal 65 Millionen Euro raus. Da gibt es eine Riesenlücke, für die Sie bisher keinerlei Erklärung gegeben oder gar Ankündigung in den Mund genommen haben. Das kann man ja wohl kaum ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Für die Mittelerhöhung und –verstetigung, etwa für die offene Kinder- und Jugendarbeit, die wir wichtig finden und die Sie, wenn Sie es ernst meinen, mit über fünf Millionen Euro für dieses Jahr und weiteren eineinhalb Millionen Euro für jedes Folgejahr obendrauf auch umsetzen müssten, gibt es ebenfalls bisher keine nachvollziehbare Gegenfinanzierung. Das heißt einmal mehr für uns, dass es Ihnen in erster Linie darum geht, viele in dieser Stadt ruhigzustellen, aber echte Problemlösungen oder gar eine solide Gegenfinanzierung werden von Ihnen nicht geliefert.

(Beifall)

Dazu kommt leider auch, dass dieser Haushalt an vielen Stellen gar nicht mehr aktuell ist. Die große Schwester der Frankfurter Koalition, ich spreche von der Ampel in Berlin, hat sich nach vielen Schwierigkeiten gerade auf einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 beziehungsweise 2025 geeinigt, und da ist eine Menge drin, was auch bei den Kommunen ankommen wird und nicht erfreulich und nicht bereichernd ist. Bei der Einkommenssteuer wird es Tarifabsenkungen geben, und es wird auch Steuererleichterungen im Unternehmensbereich geben. Vorsichtige Schätzungen sagen, dass das für die Kommunen in diesem und im nächsten Jahr letztendlich eine Einnahmeneinbuße von 3,5 Milliarden Euro deutschlandweit bedeutet, für die noch keine Lösung oder gar Kompensation vorgeschlagen ist, meine Damen und Herren.

Aber auch hier in Frankfurt gibt es sozusagen schon Aktualisierungen, die der Kämmerer uns auf den Tisch gelegt hat. Es gibt einen Ausführungsbericht zum laufenden Haushalt, der

ja eigentlich noch nicht beschlossen ist, aber lassen wir diese Einzelheit mal beiseite. Der Haushalt für das Jahr 2024, über den wir heute beraten und entscheiden, sieht ein eher überschaubares Jahresdefizit von 20 Millionen Euro vor. Das ist aber schon längst nicht mehr aktuell. Der eigene Bericht des Stadtkämmerers sieht mit Stand vom April, also nach vier Monaten dieses Jahres, schon ein aktualisiertes Defizit von über 300 Millionen Euro vor. Das heißt, dass das, worüber heute hier entschieden und diskutiert wird, schon lange nicht mehr aktuell ist und für unsere Arbeit kaum noch eine brauchbare Grundlage darstellen kann.

(Beifall)

Dass und wie es anders geht, hat die CDU allerdings mit ihren 90 Etatanträgen auch deutlich gemacht. Wir haben gesagt und dargelegt, wie man richtig umschichten kann, wie man Fehler korrigieren kann, wie man Vergessenes nachholen kann und dabei - darauf lege ich besonderen Wert - am Ende, wenn man es ernst meint und sich Mühe macht, auch noch weniger Geld ausgeben kann, als in es in diesem Entwurf der Koalition vorgesehen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Möglich wird das durch realistische Ansätze im Haushalt - dieses Jahr ist ja schon halb um, was die meisten von Ihnen auch erkennen werden - und durch richtige Prioritäten und soziale Gerechtigkeit statt einer Gießkanne, die Sie ja gerne und oft benutzen. Das war GRÜNEN, SPD, FDP und Volt aber zu viel Arbeit oder - ich weiß es nicht genau - Sie hatten schlicht keine Lust, so solide vorzugehen. Das gehört aber auch zur politischen Verantwortung dazu.

Am Ende muss man leider feststellen, dass Sie unsere Haushaltsanträge alle abgelehnt haben, und das hat mich an einen Empfang letztens im Kaisersaal erinnert. Ich glaube, da waren Geschäftsführer der UEFA dabei, die, als sie hier nach Hessen kamen, gesagt haben, dass sie auch neue Redewendungen und Regeln gehört haben. Eine, die dazugehört hat und die sie wiederholt haben, war: „Gute Idee, machen wir aber net!“ Und das ist auch genau das, was Sie hier leider mit unseren Oppositionsanträgen gemacht haben. Letztendlich muss man leider feststellen, dass viele gute Ideen dabei waren, aber dass Sie keine einzige umsetzen werden. Das ist schade!

(Beifall, Zurufe)

Ein paar Ideen fanden Sie allerdings doch gut, und deswegen haben Sie diese dann mit eigenen Haushaltsanträgen auf den Tisch gelegt.

(Zurufe)

Das ist ja in Ordnung! Uns geht es hier um die Sache, und wenn es um die Attraktivitätssteigerung beim Fahrradparkhaus Hauptbahnhof geht, wenn es um eine verbesserte Reinigung von Einkaufsstraßen und Fußgängerzonen in der Innenstadt geht, wenn es um den Sanierungszuschuss für das Papageno-Theater geht, um das Mädchenfußballprojekt GRLS WNTD SOCCER oder den Schüleraustausch mit Partnerstädten, wenn es um die Förderung des Christopher Street Days geht, um die Förderung von Minifeuerwehren, um eine auskömmliche Fundtierpauschale oder, um ein letztes Beispiel zu nennen, die Ausstiegswohnungen für Prostituierte, dann begrüßen wir ausdrücklich, dass Sie unsere Vorschläge und Haushaltsanträge mit eigenen Anträgen ein wenig kopiert und wieder auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall, Zurufe)

Diese Haushaltsanträge tun denjenigen, um die es geht, gut, und sie tun auch der Stadt gut. Der Nachteil ist eben, dass bei den Haushaltsanträgen der Koalition noch mal 30 Millionen Euro mehr auf das Schuldenkonto der Stadt gepackt werden, da sie nicht gegenfinanziert sind.

Das zentrale Problem dieses Haushalts und eben auch der Koalitionsanträge ist, dass sie einen immer weitergehenden Ausbau der sogenannten freiwilligen Leistungen unserer Stadt vorsehen, obwohl das Geld dafür leider nicht da ist. In der Sprache von vielen anderen Menschen heißt das, Sie leben da auf Pump. Wir sind ja nicht die Einzigen, die das kritisieren. Das deutliche Ansteigen der Defizite im Haushalt der Stadt Frankfurt am Main gerade in diesen sogenannten freiwilligen Produktbereichen ist auch ein Hauptkritikpunkt des Hessischen Rechnungshofs.

(Beifall)

Es ist eigentlich schon perfide, wenn wir im letzten Jahr 2023 eine ganze Reihe von Zuschusserhöhungen für einzelne Empfänger beschlossen haben, die dann im Haushaltsentwurf dieser Koalition alle wieder zurückgenommen wurden, nur, damit Sie jetzt mit Ihren Haushaltsanträgen diese ursprünglich schon beschlossenen Erhöhungen aus dem letzten Jahr wieder einführen und sich dafür selbst feiern können, meine Damen und Herren. Das ist unwürdig für die Betroffenen, die sich das bieten lassen müssen.

(Beifall)

Insofern, um vielleicht drei Beispiele aus der Kultur zu nennen, denn es soll ja auch unterlegt werden, was ich hier sage: Ob es das Filmhaus Frankfurt, die Heussenstamm-Stiftung oder das Bridges Kammerorchester ist, wir freuen uns, dass es für diese Stellen auch wieder den Zuschuss gibt, den wir letztes Jahr schon richtig fanden. Andere, wie zum Beispiel die Veranstalter der Frankfurter Fastnachtsumzüge, hatten weniger Glück.

Abschließend vielleicht noch ein Satz zum Thema Personal und Stellenplan, das Herr Bakakis ja auch erwähnt hat: Ja, es sollen über 400 neue Stellen entstehen, und ja, die Verwaltung hat zunehmend weitere Aufgaben, die auch Personal verlangen, aber Sie gehen einen sehr fragwürdigen Weg: Sie packen diese Stellen alle in die sogenannte Stellenreserve. Das Gegenstück dazu wäre eine seriöse und verlässliche Stellenplanung, die auch transparent ist.

(Beifall)

Mit einer Stellenreserve schaffen und blasen Sie eine Blackbox auf, mit der Sie machen können, was Sie oder Ihre Dezernentinnen und Dezernenten wollen, die aber einer Kontrolle weitgehend entzogen ist. Das kann man, wenn man das gegenüber der Koalition guten Gewissens interpretieren will, vielleicht als eine Überforderung ansehen. Sie sagen damit, dass die Notfalllösung zur Regel gemacht wird, aber wir haben schon den Verdacht, dass man hier die Regeln einer ordnungsgemäßen Stellenbewirtschaftung unterlaufen will, und das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Am Ende ist es nicht nur die Opposition oder die CDU, die darüber verärgert ist, sondern Sie missachten damit auch die Regeln über Mitbestimmung, die von Ihnen auch gerne gelobt werden. Sie haben es geschafft, dass es Anfang dieses Jahres einen Brandbrief des Gesamtpersonalrats an den Personaldezernenten gab, der diesen Vorgang als „beispiellos“ scharf kritisiert hat. All das wird von Ihnen, von GRÜNEN, SPD, FDP und Volt, vollständig ignoriert. Das ist sehr schade, meine Damen und Herren.

Ich komme zum Schluss. Die CDU wird diesem Haushalt aufgrund dessen, was ich eben dargelegt habe, nicht zustimmen. Wir haben eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die Sie alle abgelehnt haben. Einige von diesen haben Sie in neuem Gewand wieder auf den Tisch gelegt ...

(Zurufe)

Das freut uns für die Projekte, um die es dabei geht. Die Gesamtrichtung stimmt aber nicht. Sie müssten den Ehrgeiz haben - eine Mehrheit haben Sie ja dafür -, für diese Stadt einen nachhaltigen Haushalt auf den Tisch zu legen. Da er nicht auf den Tisch gelegt worden ist, hätten Sie als Koalition dieses Versäumnis hier im Stadtparlament reparieren müssen. Auch das haben Sie nicht gemacht, und es ist nicht erkennbar geworden, dass Sie überhaupt diesen Anspruch verfolgen. Das ist nicht gut für die Politik in dieser Stadt, und das ist auch alles andere als eine zukunftsfähige Haushaltsplanung. Das ist sehr schade. Da wird eine wichtige Chance vergeben, und der perspektivlose weitere Weg bezüglich des

Schuldenabbau ist eine Rechnung auf Kosten der Generationen, die nach uns kommen. Da können wir nicht mitmachen.

Vielen Dank!